

## Siebenter Abschnitt.

### Sorge für Schwangre und Gebärende.

§. 203.

Die obrigkeitliche Vorsorge für zahlreiche und gesunde Bevölkerung schließt nothwendig auch die Aufmerksamkeit auf das physische Wohl der Schwangern und Gebärenden in sich, da von der Gesundheit und den Kräften derselben, und von der Beschaffenheit des ihnen geleisteten Beistandes Gesundheit und Leben ihrer Leibesfrüchte großentheils abhängt. Mit Recht hat man daher zu allen Zeiten und bei allen nur irgend gesitteten Völkern den Schwangern und Gebärenden vorzügliche Rechte zugesichert, und die sorgfältigste Schonung gegen sie bewiesen.

*P. Müller* Diss. de jure praegnantium Ien. 1680. Wittenb. 1708.

cf. l. 7. 26. ff. de statu hominum l. 9. 15. ff. de ventre in possessionem mittendo it. l. 3 ff. de poenis.

*Wildvogel* Diss. de jure embryonum 2. edit. Ien. 1716.

*Seiler* Tract. de partus in utero existentis quibusdam privilegiis. 2. edit. Hal. 1723.

*G. S. Meuchart*, über die Rechte des Menschen vor seiner Geburt Jff. u. Lpz. 1782. 8.

§ 4

§. 204.

## §. 204.

Alle an Schwängern verübte rauhe Behandlungen und Gewaltthatigkeiten müssen aufs nachdrücklichste verboten, und, da sie zwei Personen zugleich schädlich werden können, mit doppelter Strenge bestraft werden.

## §. 205.

Fürchterliche und Abscheu erregende Gegenstände müssen auch deswegen so viel möglich dem öffentlichen Anblick entzogen werden, damit Schwangere und ihre Früchte nicht dadurch Gefahr an Leben und Gesundheit leiden mögen: denn es ist bekannt, daß Schrecken und alle plötzlich erregte heftige Leidenschaften der Gesundheit höchst gefährlich sind, und auf schwangre Personen einen um desto gewaltsamern Eindruck machen können, je reizbarer und empfindlicher ihr Körper in diesem Zustande zu seyn pflegt. Sie sind aber auch zu warnen, daß sie sich nicht geflissentlich den Veranlassungen zu heftigem und ihnen gefährlichen Schrecken oder andern Gemüthsbewegungen aussetzen.

## §. 206.

Arme und hilflose Schwangere haben doppelte Ansprüche auf öffentliches Mitleid und Unterstützung; denn auch sie tragen die Hoffnung des Staats, welche dieser nicht durch Verwahrlosung verscherzen darf.

## §. 207.

Wenn aber auf diese Art für die Sicherheit, Gesundheit und Erhaltung der Schwängern gesorgt werden muß, so kann dagegen auch von ihnen mit Recht gefodert werden, daß sie selbst alles dasjenige

per-



vermeiden, was ihren Früchten, die nicht ihnen allein, sondern dem Staate, als dessen künftige Bürger, angehören, an Leben und Gesundheit schaden könnte. Schnürbrüste und andere Kleidungsstücke, welche den Leib einzwängen, häufiger Genuß hitziger Getränke, rasche Tänze und andre heftige Leibesbewegungen u. s. w. sind lauter Dinge, durch welche eine Schwangere sehr leicht an dem Kinde, das sie trägt, zur Mörderin werden kann. Freilich kann diesen Misbräuchen nicht leicht durch Verbote vorgebeugt, sie können auch, da sie nur allzu oft unbemerkt bleiben, nicht geahndet werden; aber auch hier kann die Vorsorge des Staats für eine gute moralische und physische Erziehung und für die Belehrung des weiblichen Geschlechts über seine Pflichten, nebst weisen und guten Beispielen der höhern Stände ins Mittel treten, und kräftiger, als alle Gesetze, die übeln Folgen, welche leichtsinn und die Nachlässigkeit der Schwangeren so oft nach sich ziehen, verhüten.

## §. 208.

Den Gebährenden und Wöchnerinnen alle Hülfe und Beistand, deren sie bedürfen, zu verschaffen, gebietet die Pflicht der Menschlichkeit nicht nur, sondern auch der eigne Vortheil des Staates. Es muß also dafür gesorgt werden, daß jeder Ort nach Verhältniß seiner Größe und Menschenzahl mit einer hinlänglichen Anzahl von Hebammen für gewöhnliche mit bloßer Handanlegung zu beendigende, und mit Geburtshelfern für schwerere, Instrumental-



Hülfe erfordernde Geburtsfälle versorgt sei. (M. f. weiter unten im 14ten Abschnitt.)

## §. 209.

Der Beistand unwissender und roher Menschen bringt einer Gebärenden und ihrem Kinde viel leichter und öfter große Gefahr, als wenn sie blos sich selbst und der Natur überlassen bleibt. Es muß daher die Obrigkeit Sorge tragen, daß keinen andern als gutdenkenden, in ihrer Kunst geübten und geprüften Personen das wichtige Geschäft der Hebamme und des Geburtshelfers anvertraut werde. Wenn sie überführt werden, durch grobe Vernachlässigung oder ungeschickte Behandlung den Kreißenden oder Wöchnerinnen und ihren Kindern Schaden zugefügt zu haben, so müssen sie nachdrücklich bestraft werden.

## §. 210.

Dagegen kann aber auch von den Gebärenden mit Recht gefordert werden, daß sie die Hülfe, womit man sie versorgt, nicht von der Hand weisen, und es verdient ernste Ahndung, wenn sie oder ihre Angehörigen durch hartnäckige Weigerung eine Hebamme, oder in schweren Fällen einen Geburtshelfer zu rechter Zeit herbeirufen zu lassen, zu unglücklichen; den Kindern oder auch den Müttern selbst tödlichen Ereignissen Gelegenheit geben.

## §. 211.

Die unehelich Schwangern haben unstreitig auf die Vorsoorge des Staates eben so gerechte Ansprüche als andre, ja sie bedürfen seiner Aufmerksamkeit um



um desto mehr, je öfter sie und ihre Kinder, in der Lage, worin sie sich gewöhnlich befinden, mancherlei ihrer Gesundheit drohenden Uebeln ausgesetzt sind.

## §. 212.

Ob schon die nachtheilige Meinung von den Weibspersonen, welche ausser der Ehe schwanger geworden sind, da sie fest in unsern Sitten und in der sehr schätzbaren Ueberzeugung von dem Werthe der Keuschheit gegründet ist, nicht aufgehoben werden kann noch darf, so muß doch die öffentliche Meinung dieses beschämenden Urtheils durchaus nicht geduldet werden. Kirchenbuße, Verhaftung, u. a. öffentliche entehrende Strafen, sollten nie wider unehelich schwangere verhängt, und da, wo sie noch üblich sind, ganz abgeschafft werden; da eine traurige Erfahrung gelehrt hat, daß jene unglücklichen nur allzuoft durch die Furcht vor der Schande, in eine ihrem und ihrer Kinder Leben höchst gefährliche Verzweiflung gestürzt, und zu Handlungen, welche sie sonst nie begehen würden, verleitet werden. Zu beklagen ist es, aber freilich ohne gänzliche Reform der Sitten kaum zu ändern, daß in der Meinung der meisten Menschen mehr die uneheliche Schwangerschaft, als die Handlung, von welcher sie eine Folge ist, für entehrend gehalten wird, und daß alle Schande auf die geschwängerte, oft hingegen gar keine auf den Schwängerer, von welchem doch, als dem stärkern Theil, mehr Selbstbeherrschung und Enthaltsamkeit gefordert werden könnte, zurückfällt.

Chur



Churfürstl. Sächs. Generale, die Abschaffung der Kirchenbuße und aller Kirchencensur der in Unehren geschwängerten betreffend, v. 14. Jan. 1756. Cod. Aug. cont. I. 239.

Königl. Preuß. Verordnung, die Verheimlichung unehlicher Schwangerschaften und deren Bestrafung betreffend, v. 8. Febr. 1765. §. 5.

§. 213.

Hierher gehört auch die Beantwortung der Frage: wie man den Kindermord und das Abtreiben außer der Ehe erzeugter Leibesfrüchte verhüten könne? Diese Frage kann als gleichbedeutend angesehen werden, mit dieser: was muß geschehen, um in einem wohl eingerichteten Staate Unkeuschheit und außerehelichen Beischlaf zu verhüten? Denn es ist begreiflich, daß in dem Verhältniß, wie die Ursache der außerehelichen Schwängerung aus dem Wege geräumt wird, auch die Verbrechen, zu welchen letztere veranlassen kann, seltner werden, oder ganz wegfallen müssen.

§. 214.

Die Erfahrung lehrt, daß Strafgesetze, welche im Sturm der Sinnlichkeit und Leidenschaft so leicht vergessen werden, und sehr oft mehr zu schlauer Verheimlichung des verbotnen Genusses anreizen, als von demselben abschrecken, daß Keuschheitscommissionen, Zwangsehen des Verführers mit der Geschwächten u. s. w. den Endzweck, der regellosen Befriedigung der Geschlechtslust vorzubeugen, größtentheils verfehlen, und es bedarf wenig Ueberlegung,



gung, um einzusehen, daß noch manche andre Maassregeln, die man in gleicher Absicht hat empfehlen wollen, und welche fast insgesamt auf eine Art von obrigkeitlicher Specialaufsicht über die weibliche Keuschheit hinauskommen, weder mit der häuslichen Ruhe und Freiheit, noch mit der Schamhaftigkeit des andern Geschlechts sich vertragen, und theils ganz unausführbar sind, theils Folgen haben könnten, welche nicht viel weniger schlimm als das durch sie abzuwendende Uebel seyn würden.

## §. 215.

Das einzige sichere und zuverlässige Mittel, der Unkeuschheit und allen ihren verderblichen Folgen, so viel als unter Menschen immer möglich ist, Einhalt zu thun, ist Verbesserung der Sitten durch eine gute, moralische und physische Erziehung. Man mache die Menschen von Kindheit auf mit den Grundsätzen der Religion und Tugend vertraut, man lehre sie den Werth derselben und ihren genauen Zusammenhang mit wahrer Glückseligkeit fühlen und begreifen, man mache es ihnen durch stätige Uebung zur Gewohnheit, aus Ueberzeugung das Gute zu wählen und zu thun, man suche in der körperlichen Pflege und Erziehung alles zu entfernen, was die Begierden zu frühzeitig und vor hinlänglicher Entwicklung der Vernunft erregen und reizen könnte, so wird man am gewissesten hoffen können, nebst mehreren andern dem gemeinen Wesen verderblichen Uebeln, auch dasjenige, von welchem hier die Rede ist, zu verhüten. Mit vielen Schwierigkeiten verbunden.



kunden mag immer die Anwendung und sehr langsam die Wirkung dieses Mittels überall seyn, wo Sittenverderbniß und Sinnlichkeit schon sehr überhand genommen haben, allein wer die Ausführbarkeit desselben leugnen wollte, der müste zugleich entweder an allem Eifer und Thätigkeit der Gesetzgeber und Regierungen für das gemeine Beste, oder an der Kraft der Religion und Moral, das menschliche Herz zum Guten zu bilden, verzweifeln.

Drei Preisschriften über die Frage: welches sind die besten, ausführbarsten Mittel, dem Kindermord abzuhelpen, ohne die Unzucht zu begünstigen? Mannheim 1784. 8. Die Verfasser desselben sind die Herren Kreuzfeld, Klipstein und Pfeil. Die Abhandlung des letztern ist stark vermehrt besonders abgedruckt, unter dem Titel: Preisschrift von den besten und ausführbarsten Mitteln, dem Kindermord abzuhelpen, ohne die Unzucht zu begünstigen, mit Zusätzen und einem sechsfachen Anhang dahin einschlagender Materien von D. J. G. B. Pfeil. Leipzig 1788. 8. Man findet hier auch S. 147. ff. eine Anzeige und Beurtheilung mehrerer Schriften und zum Theil sehr sonderbarer Vorschläge, welche die nämliche von Mannheim aus aufgegebene Preisfrage veranlaßt hat.

#### §. 215.

Außer diesen hier angeführten Maasregeln, welche allein kräftig genug sind, der Unkeuschheit und ihren Folgen vorzubeugen, giebt es noch verschiedene Nebenmittel, deren weiser Gebrauch etwas dazu bei-

bei.



beitragen kann, den Kindermord und das Abtreiben der Leibesfrüchte zu verhüten. Sie können aber nie ganz allgemein, zuverlässig, und auch nur so lange, als die außereheliche Befriedigung der Geschlechtslust nicht verhütet werden kann, notwendig seyn; indem sie sich insgesamt auf Entfernung derjenigen Umstände beziehen, welche unehelich schwangere zu dem unnatürlichen Entschluß, ihre Kinder umzubringen, veranlassen können.

## §. 217.

Die gewöhnlichen Bewegungsgründe, welche unehelich schwangere veranlassen, ihre Leibesfrüchte abzutreiben, oder nach der Geburt zu tödten, sind: Furcht vor der Schande, oder äußerste Noth, und Verzweiflung an der Möglichkeit, sich und ihr Kind zu erhalten.

## §. 218.

Es wird daher die Abschaffung der öffentlichen entehrenden Strafen, welche auf außereheliche Schwängerung gesetzt sind, die ernstliche und nachdrückliche Bestrafung aller derjenigen, welche sich unterfangen, eine geschwächte Weibsperson des begangenen Fehltritts wegen öffentlich auszu höhnen und zu kränken, (§. 212.) die Anweisung sicherer und zur Verschwiegenheit beeidigter Hebammen, bei welchen dergleichen Personen in der Stille und unerkannt niederkommen und ihre Wochen halten können, endlich auch gut eingerichtete Findlings- und Waisenanstalten, zur Verhütung des Kindermords nicht wenig beitragen können, in so fern durch diese Maasregeln



regeln die Bewegungsgründe, welche unehelich Geschwängerte zu diesem Verbrechen zu verleiten pflegen, aus dem Wege geräumt werden.

§. 219.

Daß auch die härtesten Strafen, welche auf den Kindermord gesetzt sind, für sich allein wenig oder nichts vermögen, diese unnatürliche That seltner zu machen, hat die Erfahrung zur Gnüge bewiesen.

§. 220.

Eben dieses gilt auch von den harten Strafen, womit man die Verheimlichung der unehelichen Schwangerschaft bedroht hat. Die Folge hiervon ist sehr oft nur diese, daß gefallene Weibspersonen, welche noch Ehrgefühl besitzen, durch die Furcht vor der Strafe auf der einen und durch die Furcht vor der Beschimpfung auf der andern Seite getrieben, entweder alle mögliche Versuche anwenden, sich ihrer Leibesfrucht, ehe eine Schwangerschaft geargwohnt werden kann, zu entledigen, oder nur desto künstlichere und verstecktere Maasregeln erwählen, um ihren Zustand zu verbergen und das Geses zu hintergehen, wodurch alsdann oft eben das Uebel erst veranlaßt wird, welches man verhüten wollte. Man kann auch daraus, daß eine Weibsperson ihre uneheliche Schwangerschaft niemand entdeckt hat, keineswegs schließen, daß sie dieselbe geflissentlich verheelt habe. Denn die Kennzeichen der Schwangerschaft sind insgesamt, wenigstens bis gegen die allerlezte Zeit derselben so ungewiß, und selbst er-

fahrene



fahne Aerzte und Geburtshelfer irren bei der Beurtheilung derselben so oft, daß man sich gar nicht verwundern darf, wenn eine Schwangre, die sich zumal zum erstenmal in diesem Zustande befindet, denselben ganz verkennen kann.

## §. 221.

Was insbesondere das geflissentliche Misgebären anbelangt, so giebt es zwar keine Arzneien oder Gifte, welche dasselbe ganz ohnfehlbar und überall ohne eigne Lebensgefahr der Mutter befördern könnten; da man indessen doch auch selbst allen bösen Absichten, welche wenigstens sehr oft, wenn auch nicht immer gelingen können, entgegenarbeiten muß, so ist allen Droguisten, Materialhändlern und Apothekern anzudeuten, daß sie, bei nachdrücklicher Strafe, von allen den Dingen, welche als abortiva gemisbraucht werden können, nichts an unbekannte Weibspersonen, außer gegen eigenhändig unterschriebene Scheine zuverlässiger Aerzte verabfolgen lassen oder verkaufen sollen. Eben so müssen auch die Väter und Wundärzte verpflichtet werden, keiner unberechtigten Weibsperson ohne Geheiß eines Arztes Ader zu lassen. Am wirksamsten aber wird doch immer, wie schon oben gedacht worden, zu Verhütung dieses sowohl als anderer Verbrechen, eine gute moralische und religiöse Erziehung seyn.

C. G. Stemler Diff. I. et II. de cura ecclesiae circa cavendos abortus et expositiones infantum. Lips.

1749.

Med. Pollicew,

h

Chr.



*Chr. L. Lieberkühn* Diss. de crimine procurati abortus occasione Const. Crim. Carol. art. 133. Hal. 1773.  
*Churf. Sächs. Mandat wider die Abtreib. Umbring- und Wegsetzung der Leibesfrüchte und zur Welt gebohrnen Kinder v. 14. Oct. 1744. §. 5. Cod. Aug. cont. I. 339.*

## §. 222.

An jeder Schwangern, welche unentbunden nach dem sechsten Monat der Schwangerschaft stirbt, muß der Kaiserschnitt gemacht werden, um, wo möglich, das Kind zu retten und beim Leben zu erhalten. Eben dieses muß auch ohne Unterschied bei allen toden Weibspersonen geschehen, von welchen man zwar vermuthen kann, daß sie schwanger seyn, aber von dem eigentlichen Zeitpunkt der Schwangerschaft nicht gewiß unterrichtet ist.

Dies verordnet schon die *lex Regia*: *Mulier quae praegnas mortua, ne humator, antequam partus ei excidatur; qui secus faxit, spei animantis cum gravida occisae reus esto. Marcell l. 28. digest. in Tit. VIII. ff. de mortuo infer. et sepulcro aedif. 2.*

Fast alle christliche Nationen haben nach dem Beispiel dieses weisen Gesetzes den Kaiserschnitt bei toden Schwangern durch ausdrückliche Verordnungen befohlen. Dahin gehört unter andern eine Verordnung des Magistrats von Ulm v. J. 1740. die Königl. Sicilianische von 1749. (vid. v. *Swierzen* Comment. in Boerh. §. 1316.) Die Oesterreichische v. J. 1757. Die Frankfurtsche v. 13. Jun. 1786. u. a. m.

L. Hei



**L. Heister** Diff. qua ostend. fetum ex utero matris mature excindendum esse. Altorf. 1720.

**Pol. Qu. Schacher** Progr. de Sectione caesarea in matre sub partu mortua adhuc instituenda. Lips. 1731.

**Kalschmid** Progr. de necessitate partus caesarei instituendi in omnibus grauidis mortuis. Ien. 1760.

§. 223.

So nothwendig es aber auch ist, daß die Obrigkeit den Kaiserschnitt bei toden Schwangern zur gesetzlichen Pflicht mache, zu Vollziehung desselben in dergleichen Fällen, durch Belohnungen aufmuntere, und die Unterlassung oder selbst geflissentliche Hinderung dieser Operation nicht ungeahndet lasse, so muß sie doch auch in den darauf sich beziehenden Gesetzen die hier höchst nothwendige Behutsamkeit und Vorsicht empfehlen.

§. 224.

Alle Kennzeichen des Todes sind, ausgenommen die Fäulniß, sehr ungewiß. Wollte man also bei jeder Schwangern, welche für tod gehalten wird, ohne alle Vorbereitung, gleich nachdem sie leblos geworden ist, den Kaiserschnitt machen, so würde zu besorgen seyn, daß man eine vielleicht noch lebende Person der Bemühung ihr Kind zu retten aufopfern könnte. Wollte man hingegen warten, bis die angehende Fäulniß die Wirklichkeit des Todes offenbarte, so würde man die Absicht der Operation, das Kind beim Leben zu erhalten, durch diese Zögerung gänzlich



lich verfehlen. Denn die Frucht einer toden Mutter kann in ihr nur eine kurze Zeit sie überleben.

§. 225.

Es ist daher in dergleichen Fällen allezeit auf die Art des Todes und auf die vor demselben vorhergegangenen Umstände sorgfältig Rücksicht zu nehmen. Wenn eine Hochschwangre, die vorher gesund oder doch mit keiner beträchtlichen Krankheit behaftet war, plötzlich leblos wird, und daher ungewiß ist, ob ihr Zustand nicht blos eine sehr tiefe Ohnmacht (Asphyxia) sei, so müssen vor allen Dingen mit möglichster Eile, aber auch mit möglichstem Nachdruck alle Mittel vorgekehrt werden, die man sonst, um Scheintode wieder zu beleben anwendet, und dann erst, wenn diese nichts ausrichten, muß zum Kaiserschnitt geschritten werden. Wenn aber eine schwangre Person nach einer langwierigen Krankheit, nach einer allmählig erfolgten Abnahme der Kräfte und unter Umständen, die sonst den gewissen Tod zu bringen pflegen, leblos wird, so muß sie ohne so viele Vorbereitungen geöffnet werden. Unmittelbar nach dem Tode muß dieses geschehen, wenn der Tod zwar plötzlich erfolgt, aber durch eine gewaltthätige, absolut tödliche Ursache, vornemlich durch eine mit Verblutung aus den größten Gefäßen verknüpfte Wunde bewirkt worden ist.

§. 226.

In jedem Fall aber sind die Aerzte oder Wundärzte, welche den Kaiserschnitt bei einer Toden machen, anzuhalten, daß sie dabei eben so vorsichtig und behutsam



hutsam zu Werke gehen, als wenn sie die Operation an einer Lebendigen zu verrichten hätten. Eben deswegen sind auch alle anatomische Nachforschungen, welche nur die Zeit wegnehmen, bei solchen Gelegenheiten, wo man nur das Kind wo möglich retten und das Leben der Mutter, im Fall es ja noch nicht ganz erlöschten wäre, dabei schonen will, durchaus zu unterlassen.

## §. 227.

Sollte es rathsam seyn, bei toden Schwängern statt des Kaiserschnitts den Schamfugenschnitt vorzunehmen, oder die Geburt auf dem natürlichen Wege zu beendigen? Ich zweifle; denn sollte auch die natürliche Entbindung, vermittelst der Wendung bei einer toden Person an und für sich möglich seyn, und sollte auch der Schamfugenschnitt wirkliche Vorzüge vor dem Kaiserschnitt haben, welche er doch nicht hat, so würde doch allezeit das eine sowohl als das andre Verfahren zu langweilig seyn und zu viel Zeit erfordern, als daß man es in einem Falle anwenden könnte, wo jede Minute kostbar ist, und oft der geringste Aufschub die Bemühung, das Kind beim Leben zu erhalten, vereiteln kann.